



# **SPD-Bilanz**

**Ein Jahr nach dem Teilkonsens des hessischen Energiegipfels**

<b>Beschluss Energiegipfel:</b>	<b>Stand der Umsetzung durch Landesregierung:</b>	<b>SPD-Alternativen/ SPD- Kritik:</b>
<p>„<b>Windkraft</b> [...] Regionalplanerische Berücksichtigung in der Größenordnung von <b>2 % der Landesfläche</b>. Nicht als Vorrangflächen erfasste Gebiete gelten hierbei als Ausschlussgebiete.“ (S. 9)</p>	<p><u>Entwurf Landesentwicklungsplan (LEP):</u></p> <p>„Diese Gebiete sollen grundsätzlich in einer Größenordnung von 2% der Planungsregionen festgelegt werden“ (LEP, 3.1 G1):</p> <p>2-Prozent als Grundsatz von dem abgewichen werden kann und nicht als verbindliches Ziel.</p>	<p><u>SPD-Energie-Konjunktur-Gesetz:</u></p> <p>Ziel: 2% der Landesfläche sollen als Vorranggebiete für Windkraft im Landesplanungsgesetz verbindlich festgelegt werden (<u>§ 7 Abs. 2 Nr. 3</u>)</p>
<p>„<b>Windkraft</b> [...] Regionalplanerische Berücksichtigung in der Größenordnung von <b>2 % der Landesfläche</b>. Nicht als Vorrangflächen erfasste Gebiete gelten hierbei als Ausschlussgebiete.“ (S. 9)</p>	<p>„Windkraft soll einen Deckel bekommen, ab dem die Förderung durch das EEG ausläuft. Ähnlich der bereits festgelegten Deckelung der Photovoltaik</p> <p>(Verfahrensvorschlag Altmaier zur Neuregelung des EEG vom 11.10.2012)</p> <p>Hessisches 2% Ziel werde dadurch laut Puttrich „in keinster Weise eingeschränkt“.</p> <p>(Puttrich in FR vom 13.10.)</p>	<p>Mit einer Deckelung der Onshore-Windkraft in Hessen wird das Ziel des Energiegipfels, auf 2 Prozent der Landesfläche Windkraft zu installieren nicht erreicht werden können.</p>

<p><b>„Windkraft [...] Abstand zu Siedlungsgebieten</b> gemäß den Handlungsempfehlungen des HMWVL und des HMUELV zu Abständen von raumbedeutsamen Windenergieanlagen zu schutzwürdigen Räumen und Einrichtungen“ (S.10)</p>	<p><u>Entwurf LEP:</u> „Zu bestehenden und geplanten Siedlungsgebieten ist ein Mindestabstand von 1000 m zu wahren.“  (Ziffer 3.2 Z3 b)</p>	<p><u>Aktuell gültige Handlungsempfehlung Wirtschafts- und Umweltministeriums:</u>  1000 m Abstand wird empfohlen, allerdings Möglichkeit der Abweichung im Einzelfall  (Ziffer II a)</p>
<p><b>Windmindestgeschwindigkeit</b>  Keine Grundlage im Gipfelbeschluss !!!</p>	<p><u>Entwurf LEP:</u>  Mindestwindgeschwindigkeit von 5,75 m/sek.  (Ziffer 3.2 Z3 a)</p>	<p>Sollte diese Regelung Rechtskraft erreichen, wird in weiten Teilen Südhessens keine Windkraft möglich sein.  Die Wirtschaftlichkeit einer Windkraftanlage sollten allein vom Betreiber entschieden werden.</p>
<p>„Prüfung der <b>Beteiligung der Kommunen an Pachteinahmen</b> in Zusammenarbeit mit Hessen-Forst“ (S.10)  „Windkraft im Wald spielt eine entscheidende Rolle bei der Energiewende“ (S.10)</p>	<p><u>Puttrich im Plenum:</u> „Die Landeshaushalts-ordnung und auch andere rechtliche Bedenken lassen es nicht zu, dass eine reine finanzielle Beteiligung der Kommunen an den Pachteinahmen des Hessen-Forsts erfolgen kann.“ (25. 9. 2012)</p>	<p><u>SPD-Initiative (Drs. 18/6029):</u>  Beteiligung der Kommunen an den Pachteinahmen analog Rheinland-Pfalz (30 %).  Hessischer Städtetag unterstützt die Forderung.  (PM vom 04.07.2012)</p>

<p>„Unterstützung der <b>Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern an Windkraftanlagen</b>“ (S.11)</p>	<p>Keine Aussagen dazu im Entwurf des Energie-Zukunftsgesetzes der Landesregierung.</p>	<p><u>SPD-Energie-Konjunktur-Gesetz:</u></p> <p>Förderung des Genossenschaftswesen (§ 1 Energiegesetz),</p> <p><u>Art. 44 Hess. Verfassung:</u></p> <p>„Das Genossenschaftswesen ist zu fördern“</p>
<p>„Prüfung der <b>Anpassung der Bauordnung</b> zur Einbeziehung der Nutzung von Photovoltaik-Anlagen bereits im Stadium der Planung von Industrieanlagen.“ (S.12)</p>	<p>Keine Aussage dazu im Entwurf des Energiezukunftsgesetz der Landesregierung.</p>	<p><u>SPD-Energie-Konjunktur-Gesetz:</u></p> <p>Anpassung des § 29 Hessische Bauordnung</p>
<p>„<b>§ 121 HGO</b> [Kommunen sollen] in begrenzter eigener Trägerschaft Energieerzeugungsanlagen und Energieverteilungsanlagen im Bereich der erneuerbaren Energien wirtschaftlich [...] betreiben.“ (S. 15)</p>	<p><u>Kritik der Vku:</u></p> <p>„Aufgrund der restriktiven Ausgestaltung der HGO in Bezug auf die wirtschaftliche Betätigung kommunaler Unternehmen können sich unsere Unternehmen allerdings nicht in dem Umfang engagieren, wie es wünschenswert wäre.“</p> <p>(PM Verbandstag am 1.11.2012)</p>	<p><u>SPD-Energie-Konjunktur-Gesetz:</u></p> <p>Änderung der Hessischen Gemeindeordnung, damit Kommunen im Bereich der Energieerzeugung eine aktivere Rolle einnehmen können.</p>

<p><b>„Akzeptanz- und Informationskampagne durch Politik“</b> (S. 22)</p>	<p>Infobus der Landesregierung in nur 19 der 426 hessischen Kommunen.</p> <p>Überteuerte Anzeigenkampagne (Kritik Bund der Steuerzahler); Puttrich stoppt sogar Kampagne</p> <p>(Bund der Steuerzahler 19.09.2012)</p>	<p><u>SPD-Energie-Konjunktur-Gesetz:</u></p> <p>Gründung einer landeseigene Energieberatungsagentur</p> <p>(§ 8 Energiegesetz)</p>
<p>„Mit dem heutigen Tag beginnt die Umsetzungsphase des Hessischen Energiegipfels.“</p>	<p><u>Haushaltsentwurf 2012/2013 der Landesregierung:</u></p> <p>Keine zusätzlichen Haushaltsmittel vorgesehen, dafür aber 23 neue Stellen in den Regierungspräsidien!</p>	<p><u>Haushaltsanträge der SPD-Landtagsfraktion:</u></p> <p>120 Mio. Landesmittel als Anschlag zur Umsetzung der Energiewende in Hessen.</p>